

Danziger Zeitung.

Nr. 19955.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagerstraße Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile ober deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1893.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 1. Februar. (W. I.) An dem gestrigen Diner bei dem Ministerpräsidenten Grafen Eulenburg nahmen Graf Caprioli, mehrere Minister und zahlreiche Abgeordnete, darunter Frhr. v. Manteuffel, Frhr. v. Ertze, Graf Arnim und Graf Stolberg, Theil. Der Kaiser erschien um 8 Uhr Abends. Das Fest, bei welchem eine angeregte Stimmung herrschte, fand erst in später Stunde seinen Abschluß.

Berlin, 1. Februar. (Privattelegramm.) Die „Kreuzzeitung“ veröffentlicht einen mehrseitigen Aufsatz behufs Neubildung einer landwirthschaftlichen Interessen-Vertretung. Zu den Unterzeichnern gehören Ruprecht und Dieß-Daber; überwiegend ist Pommern vertreten.

Pest, 1. Februar. (W. I.) Eine Deputation der streikenden Arbeiter der ungarischen Gewerkschaft willigte in die Herabsetzung des Lohnes für Accordarbeit und versprach, für die Wiederaufnahme der Arbeit einzutreten. Man erwartet, daß ein großer Theil der Arbeiter am Mittwoch zu streiken aufhören wird.

Petersburg, 1. Februar. (W. I.) Der Kaiser besuchte gestern den Hofball und zog viele Personen in längere Unterhaltung.

Politische Uebersicht.

Danzig, 1. Februar.

Die Absichten der Regierung über die Reichsfinanzreform.

Staatssecretär v. Malhahn hat gestern in der Militärcommission neugierige Fragen auf die Erklärungen verwiesen, die er in der Sitzung des Reichstages vom 16. Januar d. J. über die Frage einer Reichsfinanzreform abgegeben. Anlaß zu dieser Erklärung gab die mißverständliche Auffassung der Bemerkung des Staatssecretärs beim Beginn der Steuerdebatten, die verbündeten Regierungen seien nicht der Meinung gewesen, daß es angezeigt sei, in diesem Augenblick über den Zweck der Deckung der Mehrausgaben der Militärreform hinauszuweisen und etwa eine Steuerreform im großen Stil einzuleiten. Im Zusammenhang mit der Auslösung des preussischen Finanzministers bei der ersten Beratung des Etats hatte man in der Presse daraus den naheliegenden Schluß gezogen, daß eine Finanzreform im großen Stil im Reich, d. h. große Steuerprojecte — nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte sind Steuerreform und Steuer-Veränderungen identische Begriffe — vorbehalten sei. Derartige Befürchtungen, erklärte Herr v. Malhahn am 16. v. Mts., seien nicht berechtigt. Finanzminister Miquel habe im Abgeordnetenhause auf die zukünftigen Aufgaben zunächst in Preußen selbst, dann auch bezüglich des Verhältnisses zwischen Preußen und dem Reich hingewiesen. Er hatte in dieser Hinsicht gesagt:

„Dann werden aber auch die Einzelstaaten selbst und das Reich ein großes Interesse daran haben, der Frage näher zu treten, ob nicht auch das finanzielle Verhältniß des Reiches zu den Einzelstaaten eine andere Gestaltung finden kann, ob man nicht auch in dieser Beziehung Schritte treffen kann, daß nicht von einem Jahre zum anderen diese große Schwanke in den Anforderungen und Ueberweisungen stattfinden. Das wird eine Aufgabe des Reiches und der Einzelstaaten sein.“

Im Anschluß daran theilte Herr v. Malhahn mit, bei der Vorberatung der drei Steuerprojecte — der drei B's — habe der Finanzminister Miquel obige Frage angeregt und auch er habe sich „pflichtgemäß“ der Erwägung dieser Frage nicht entzogen.

Man hat, fuhr er dann fort, von einem beratigen Versuch aber Abstand genommen, einestheils weil man die jetzt (dem Reichstage) vorgelegten Gesetzentwürfe nicht durch unnötigen Ballast (!) beschweren wollte und andererseits auch, weil der preussische Finanzminister es schließlich nicht für angezeigt hielt, dieser

Stadt-Theater.

Einem weiblichen Humoristen der Bühne ist es in gewisser Beziehung schwerer gemacht als den männlichen Fachcollegen, Erfolge zu erzielen. Erfolgreiche Künstlerinnen, die lediglich der Darstellungskunst auf Rechnung zu setzen sind. Denn das Rollengebiet jener ist enger umschrieben, weniger leicht der Charakterisirung zugänglich als bei diesen. Daher erfordert es denn bei Soubretten eines recht bedeutenden komischen Talentes, wenn sie mit ihren Partien eine so nachdrückliche und anhaltende Heiterkeit erzielen wollen, wie sie das Auftreten jedes begabten Komikers fast immer begleitet. Von dieser ursprünglichen Gabe, durch ihr Erscheinen sofort Heiterkeit zu erregen, durch einen Blick, eine Bewegung, einen Ton kräftiges, sich fortpflanzendes und andauerndes Lachen hervorzuufen, besitzt nun unser Gast, Frau Josefina Dora, ein recht erklecklich Theil. Es steckt so viel Schalk, lebensprechernde Uebermuth, so viel Beobachtungsgabe und Nachahmungstalent in ihr, daß sie in jedem Augenblick neue Mittel, eine andere Nuance des Spiels und des Tons zur Verfügung hat, uns zu unterhalten und unsere Lustlust unwillkürlich zu reizen. So war denn die erste Rolle, in der sie vor uns erschien, die brave Schusterfrau Leni Flink in dem Wienerischen Lebensbild „Drei Paar Schuhe“, eine Figur von höchster Originalität der Zeichnung und erheiterndster Wirkung. Frau Dora hat sich durch ihr Talent, ihr frisches, überaus flottes Spiel, ihre prächtigen Tanz-Couplets u. s. w. schnell die Gunst des ihr bisher fremden

Frage im jetzigen Augenblick nahe zu treten. Ob und wann an eine andere Ordnung dieser Frage etwa später herangetreten werden kann und soll, darüber steht nicht das Geringste fest.

Gleichwohl hielt Herr v. Malhahn es für angezeigt, seine persönliche Ansicht schon jetzt dahin auszusprechen, daß es nicht, wie in der Presse, anscheinend auf Grund von Inspirationen aus dem Finanzministerium, gesagt worden war, der Abschaffung des Systems der Matricularbeiträge oder der clausula Franckenstein bez. der Ueberweisungen an die Einzelstaaten bedürfe, um die finanziellen Beziehungen zwischen Reich und Einzelstaaten zu regeln. Das Schwanken der Ziffern der Matricularumlagen und der Ueberweisungen habe seinen Grund wesentlich darin, daß bei den Ueberweisungen aus der sog. clausula Franckenstein in einzelnen Jahren ganz ungemein hohe Beträge über den Etat hinaus ausgezahlt werden mußten. Der daraus entstehenden Schwierigkeit würde man beispielsweise auch ohne Steuer-Vermehrung abhelfen können, wenn man beschlösse, daß die Ueberweisungen an die Einzelstaaten sich innerhalb der elasmäßigen Grenzen zu halten hätten und was über die Schätzung des Etats hinaus in den einzelnen Jahren einkehrt, für Reichszwecke, vielleicht namentlich zu der vom Reichstage vielfach gewünschten Schulden-tilgung Verwendung finden solle. (Im stenographischen Bericht ist hier „Sehr gut! links“ verzeichnet.)

Was geschehen soll, wenn die Ueberweisungen geringer sind, als im Etat veranschlagt ist, sagte Herr v. Malhahn nicht. Im Etatsjahre 1891/92 haben die Ueberweisungen aus den Zöllen 64,8 Mill. Mk. mehr, die Ueberweisungen aus der Branntweinsteuer 10,6 Mill. Mk. weniger, die aus den Stempelabgaben 1,9 Mill. Mk. weniger betragen, so daß sich die ausgezahlte Summe um 52 Mill. erhöhte. Nach dem Vorschlage des Staatssecretärs hätte das Reich also diese 52 Mill. zurückhalten und anderweit „etwa zur Schuldentilgung“ verwenden müssen. Wie aber, wenn die Einnahmen, deren Ueberweisung an die Einzelstaaten zu erfolgen hat, um 52 Mill. hinter dem Ansatz im Etat zurückgeblieben wären? Soll das Reich dann diesen Ausfall durch eine Anleihe oder durch neue Steuern decken? Ohne Einführung einer beweglichen Reichsteuer scheint eine befriedigende Regelung des finanziellen Verhältnisses zwischen Reich und Einzelstaaten nicht möglich!

Die Socialdemokraten und der „königlich sächsische Nothstand“.

Der Anabe Karl fängt an, fürchterlich zu werden! Unter dem Anaben Karl sind im vorliegenden Falle die Socialdemokraten zu verstehen, die gestern gelegentlich des Etats des Reichstages des Innern eine neue Nothstands-debatte vom Zaune brachen, den Reichstag während einer ganzen langen Sitzung über das Elend der Arbeiter unterhalten und schließlich nach einer namentlichen Abstimmung verlangten, um diejenigen Mitglieder des Hauses an den Pranger stellen zu können, die, da sie der Redefluß keinen Einhalt zu thun vermögen, der Verhandlung fern bleiben. Die Herren Bebel u. Gen. sollten doch von der Beschlussunfähigkeit des Reichstages nicht so viel Aufhebens machen, denn wäre das Haus beschlußfähig, so würde sich schon jemand finden, der durch den Antrag auf Schluß der Debatte der Sache ein Ende machte. Und dabei handelte es sich gestern nicht um einen allgemeinen deutschen oder Reichsnothstand, sondern um einen ganz speciellen königlich sächsischen Nothstand. Staatsminister v. Bötticher hat vor einigen Tagen eine Deputation sächsischer Arbeiter empfangen, die über ihren particularistischen Nothstand Klage führte; er hat den Mitgliedern der Deputation Cigarren angeboten — sogar gute, bezeugte der Abg. Schmidt-Gaden — aber er hat, wie auch neulich im Reichstage, erklärt, einen Nothstand, der das Einkommen des Reichs erfordere, könne er nicht entdecken. Und deshalb sollte ihm gestern vor versammeltem Reichstage der Prozeß gemacht werden.

Danziger Publikums erworben und wir können von ihrem weiteren Gosspiel eine Reihe außerordentlich amüsanten Abende mit Sicherheit erwarten. Die Unterhaltung, welche Frau Dora gestern bei unserem heimischen Personal, insbesondere bei den Herren Arndt, Bing und Schelle und Frau Ducha fand, war die beste. Einer solchen Vereinigung humoristischer Talente mit Frau Dora an der Spitze wird es gewiß gelingen für die weiteren Gosspielabende das Interesse und die Theilnahme des lachlustigen Publikums zu fesseln.

B. Berlin, 31. Jan. Die definitive Uebertragung der Abrucharbeiten des Domes im Lustgarten hat heute seitens der Dombauperwaltung an einige Unternehmer stattgefunden. Mit den Arbeiten wird sofort in größerem Maßstabe beim Eintritt gelinderen Witterung begonnen werden. Im Laufe des Winters sind die alten kleineren an den Dom stoßenden Gebäude dem Erdboden gleichgemacht, theilweise sogar schon abgefahren. Um der Nachwelt den alten Dom, der ein gut Stück vaterländischer Geschichte miterlebt und an den sich manche bedeutende Erinnerung knüpft, bildlich zu erhalten, sind von allen Fronten künstlerische Abbildungen und Photographien aufgenommen, die sich auch auf einzelne Theile derselben und das Innere der Kirche, ihren Altar, Sankel u. s. w. erstrecken. Bereits seit einigen Wochen liegen in den Schau-fenstern eines Juweliers in der Friedrichstraße die auf Befehl des Kaisers aus Marmorstücken des Domes hergestellten Briefbeschwerer, die in goldener Gravirung eine Widmung tragen und deren Erbs zu einem wohlthätigen Zweck bestimmt ist, käuflich aus. Die Perspective von den Ecken nach dem Schloß zu wird durch das Verschwinden der drei im Laufe der Jahrhunderte grünlich angelaufenen Domkuppeln ein

Begreiflicher Weise fand sich auch der sächsische Gesandte Graf Hohenthal veranlaßt, die Sache seines engeren Vaterlandes zu führen und den Uebertreibungen der Herren Schmidt und Bebel entgegenzutreten. In der Textilindustrie, behauptete er, sei schon wieder eine Besserung eingetreten, und der Abg. Mehnert, natürlich auch ein Sachse und obendrein ein Conservativer, plaidirte — er ist sonst Rechtsanwalt — auf Freisprechung des Staatsministers v. Bötticher und des Herrn Gesandten und Bundesrathsbevollmächtigten Grafen Hohenthal. Giebt es nun einen Nothstand oder nicht? Versteht man unter Nothstand ein Sinken der Löhne und auch, wenn es gar nicht mehr geht, Arbeiterentlassungen, so muß man die Frage bejahen. Versteht man aber unter Nothstand, was man im gewöhnlichen Leben darunter versteht, d. h. einen Zustand, wo ganze Bevölkerungsklassen dem Elend und der Entbehrung verfallen und die Mittel der Gemeinde nicht mehr ausreichen — so existirt heute kein Nothstand und mögen die Herren Singer und Gen. noch so viel „Arbeitslosen“-Versammlungen veranstalten. In den Augen der Herren Bebel und Genossen besteht der Nothstand darin, daß es überhaupt noch — Arbeitgeber giebt. „Cassen Sie sich“, declamirte er gestern, „alle Unternehmer bankrott sein, Sie werden sich wundern, wie gut es ganz ohne Unternehmer geht.“ Den Herren Socialdemokraten ist es auch gar nicht darum zu thun, Abhilfe für den sogenannten Nothstand von dem Reich oder sonst zu verlangen. Die Gelegenheit scheint Ihnen günstig, für ihren Zukunftsstaat Propaganda zu machen, in dem es keinen Arbeitslosen geben soll. Wie dieser Staat beschaffen ist, hat zum großen Bedauern des Ministers v. Bötticher Herr Bebel auch gestern wieder nicht gesagt, obgleich er noch mehr als sonst das Herz auf der Zunge hatte. Brädele er doch sogar die Geschichte von der Pelzlosigkeit der Eisenbahnschaffner zu Ohren des Reichstages, um den Nothstand auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens zu beweisen, eine Geschichte, die nach der Versicherung des Ministers v. Bötticher nur einen Fehler hat, nämlich, daß sie nicht wahr ist. Die Güterzugschaffner haben nach wie vor Pelze; aber nicht die Schaffner, die im geheilten Eisenbahncoupee fahren.

Vielleicht wäre die Sache damit zu Ende gewesen, wenn nicht der Abg. Baedem noch eine längere Philippika gegen die Socialdemokratie gehalten hätte. Die Baedem'sche Rede bedarf natürlich vom Standpunkte der Herren Liebknecht, Bebel, Singer u. s. w. einer Antwort und da es gestern dafür zu spät war, so müssen wir eben bis morgen warten.

Heute als am Samerinstage wird zunächst der Feldzug der Herren Ackermann, Gröber u. s. w. gegen die Consumvereine wieder aufgenommen. Ob da der Reichstag beschlußfähig sein wird? Da die schönsten Beschlüsse schließlich doch auf dem Papier stehen bleiben werden — schwerlich.

Deutschlands Getreide-Einfuhr im Jahre 1892.

Die jetzt für das vergangene Jahr vorliegende Statistik über die Getreide-Einfuhr Deutschlands im Jahre 1892 ergibt, daß diese Einfuhr in keinem früheren Jahre so groß gewesen ist, wie im letzten Jahre. Rechnet man die fünf wichtigsten Getreidearten — Weizen, Roggen, Hafer, Gerste und Mais — zusammen, so betrug in den letzten vier Jahren die

Getreide-Einfuhr	
1892	32 332 553 Doppelcentner
1891	30 017 152 „
1890	30 430 696 „
1889	28 006 537 „

Auch speciell in Brodkorn allein — Weizen, Spelz und Roggen — ist die 1892er Einfuhr auf eine früher nie erreichte Höhe gestiegen, wie die nachstehenden Zahlen ergeben:

Einfuhr von Brodkorn	
1892	18 448 117 Doppelcentner
1891	17 479 853 „
1890	15 585 588 „
1889	15 766 180 „

gut Theil Romantik verlieren, und der Berliner wird, selbst wenn der Prachtbau des neuen Domes schon vollendet, sich noch gerne ihrer erinnern!

[Ergart Hauptmann] hat, wie der „Frankf. Ztg.“ aus Berlin geschrieben wird, eine neue Komödie vollendet, die er am Sonnabend in einem kleinen Freundeskreise vorlas. Ein humoristisches Charakter-drama mit bitterer Grundsatze ist die neue Komödie. Sie holt sich ihren Stoff aus der Umgebung Berlins. „Der Biberpelz“ wird das Lustspiel heißen und wird vielleicht noch in dieser Saison zur Aufführung kommen.

[Dincenz Cacher], der dieser Tage in Karlsruhe gestorbene Componist, schrieb, wie man der „Neuen Bad. Landesztg.“ mittheilt, am letzten Neujahrstage an Prof. Cübel in Zweibrücken folgende Arie, die einen Beweis liefert für den frischen, sprudelnden Humor, der dem Meister bis an sein spätes Ende bewahrt blieb: „Karlsruhe, Schloß 92. Lieber Freund Cübel! Die Erd und Himmel beschwörenden Glückwünsche-Expositionen übergehe ich als selbstverständlich, nicht aber die „Schwäb. Rundschau“ von Schilling vom 29. Dezember, allwo Ihr 24. Psalm mit Kremer die Ehren des Tages theilte. Ein kleiner, sehr unheiliger Männerchor meiner Made, „Nothhaarg ist mein Schutzhelm“ aus „Spielmann“ von Jul. Wolff, wurde runderhauft flüchtig applaudirt und wiederholt. So treten mir wieder die Hand in Hand, Sie als Mann der Bibel, ich etwas wellfisch getränkt, in das neue Jahr ein. Darob freut sich fast Ihr alter Freund von 81½. D. Cacher. — N. S. Wohne nun bei beiden Paterre, Kriegsstraße 56. — Nächste Dislocation sechs Fuß tiefer. Requiescat in pace!“

[Ein dänisches literarisches Unicum auf der Ausstellung in Chicago.] Man schreibt uns aus Kopenhagen, 26. Januar:

Die öffentliche Meinung in Dänemark und überhaupt die wissenschaftlichen Kreise ganz Scandinaviens erörtern lebhaft den Entschluß der dänischen Regierung,

Die ungünstige Ernte des Jahres 1891 hat darnach einen merkbaren Einfluß auf die beiden Kalenderjahre 1891 und 1892 ausgeübt; der Haupttheil der Einfuhr fällt denn auch 1891 in das zweite, 1892 in das erste Halbjahr. Das zweite Halbjahr 1892 weist unter dem Einfluß der sehr reichen Ernte des letzten Jahres umgekehrt eine viel geringere Einfuhr auf.

Bei den einzelnen Getreidearten ergeben sich für die beiden letzten Jahre folgende Veränderungen:

Einfuhr in Doppelcentnern.			
	1892	1891	1892 gegen 1891
Weizen .	12 962 126	9 053 317	+ 3 908 809
Roggen .	5 885 991	8 426 541	- 2 940 550
Hafer .	878 368	1 198 635	- 320 467
Gerste .	5 632 966	7 255 193	- 1 422 227
Mais .	7 173 102	4 083 266	+ 3 089 836

Auch in allen diesen Zahlen tritt der Einfluß des Ernteausschlags erkennbar hervor. In dem starken Rückgange der Roggeinfuhr kommt der Mangel der russischen Zufuhr, welcher sich erst im letzten Jahre besonders fühlbar gemacht hat, zum Ausdruck. Die Lücke ist durch stärkere Einfuhr von Weizen reichlich ausgefüllt worden, und dies konnte um so eher geschehen, als Weizen auf dem Weltmarkt leichter zu beschaffen war, und der Weizenpreis lange Zeit hindurch dem Roggenpreis sehr nahe stand. Die beträchtliche Abnahme der Gersteinfuhr erklärt sich vornehmlich durch die nach Qualität und Quantität ausgezeichnete inländische Gerstenernte. Von Hafer ist 1892 weniger eingeführt worden als im Vorjahre. Dafür ist die Maisinfuhr außerordentlich gestiegen, da der Bezug von Mais bei dem niedrigen Preisstande desselben nicht nur zu Brennweizen, sondern auch zu Futterweizen vorthellhaft war. Die Bezüge ausländischer Maare haben sich demnach auch in diesem Jahre, trotz aller Zölle, durchweg dem Bedarf angepaßt.

Aus der englischen Thronrede.

In der gestern bei Eröffnung des englischen Parlaments verlesenen, ihrem wesentlichen Inhalte nach bereits mitgetheilten Thronrede heißt es: Die Königin unterhalte fortgesetzt freundschaftliche und einträchtige Beziehungen mit allen fremden Mächten, deren Erklärungen überall der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens günstig lauten. In Verbindung mit der bevorstehenden Räumung von Uganda seitens der britischen Ost-Afrika-Gesellschaft habe die Königin einen Commisair entsandt, um die geeigneten Mittel für ein in Bezug auf Uganda einmüthiges Verfahren an Ort und Stelle zu prüfen. Angesichts der jüngsten Ereignisse in Aegypten habe die Königin beschlossen, eine geringe Vermehrung der dortigen britischen Truppen eintreten zu lassen. Diese Maßregel bedeute keine Aenderung in der Politik oder in den Versicherungen, welche die britische Regierung von Zeit zu Zeit in Betreff der Occupation Aegyptens gegeben habe. Der Aegyptus habe in befriedigenden Ausdrücken der Königin gegenüber die Erklärung abgegeben, daß er beabsichtige, die bisherigen Gewohnheiten der Berathung mit der britischen Regierung in politischen Angelegenheiten zu befolgen. Bezüglich der Abänderung der Bestimmungen über die Regierung von Irland werde sobald als möglich eine Vorlage gemacht werden, dieselbe sei vorbereitet, um dem irischen Volke Zufriedenheit, dem britischen Parlamente Erleichterung zu verschaffen und weitere Sicherheiten für die Stärke und die Einheit des Reiches zu gewähren. Der übrige Theil der Thronrede empfiehlt den Nothstand der Landwirtschaft der Aufmerksamkeit des Parlamentes und sagt, die Verbrechen in Irland seien fortgesetzt in Abnahme begriffen. An Vorlagen wird angekündigt die Abänderung der Wahlschreibung (Registration), die Verkürzung der Legislaturperiode und die Einführung eines Wahlsystems, nach welchem jeder Wähler nur eine Stimme haben soll.

Gladstones Home-Rule-Bill.

Aus London wird uns geschrieben: Das Verhalten des englischen liberalen Cabinets

die Ausstellung des im Besitze der Nationalbibliothek befindlichen „Flatbog“, eines ungefähr 500jährigen Buches, welches die erste Entdeckung Amerikas durch Isabella — lange vor der Entdeckung durch Columbus — behandelt, in Chicago zu gestalten. Die dänische Regierung gab damit einem Ansuchen der nord-amerikanischen Regierung Folge, nachdem die Unionsregierung sich verpflichtet hatte, das Buch mit einem Kriegsschiffe abzuholen, es Tag und Nacht militärisch bewachen zu lassen und nach Schluß der Ausstellung wiederum auf einem Kriegsschiffe nach Dänemark zu bringen. Diese Thatfache hat in der wissenschaftlichen Welt Schandbaniens lebhaften Unwillen hervorgerufen, und man bezeichnet es als unerantwortlich, einen so unerfindlichen literarischen Schatz den mannigfachen Fährlichkeiten des Transports nach Amerika und zurück auszuweisen. Vielfach glaubt man, daß die Regierung sich durch dieses Verhalten der öffentlichen Meinung vielleicht bestimmen lassen werde, ihre Entscheidung zu widerrufen. Von anderer Seite wird allerdings geltend gemacht, daß die Ausstellung der „Flatbog“ im nationalen Interesse liege, indem dieselbe in hohem Maße dazu beitragen würde, die allgemeine Aufmerksamkeit auf die dänische Abtheilung der Weltausstellung in Chicago zu lenken.

In Meiningen wurde ein dreiaktiges Schauspiel von J. N. Widmann-Bern: „Jenseits von Gut und Böse“ sehr beifällig aufgenommen.

In Bräunlingen wurde die Oper „Die Trojaner“ von Hector Berlioz mit großem Erfolg gegeben.

Zufolge einer Meldung des „Bund“ gestatten die Herausgeber des literarischen Nachlasses von Gottfried Keller keine weitere Aufführung von dessen Trauerspielfragment „Theresa“ mehr, weil das Publikum zu theilnahmslos sei und die Presse sich unfreundlich verhalten habe.

in der agnition und marokkanischen Frage, besonders in der ersten, wird die ziemlich schwache Position desselben bei Eröffnung des Kampfes um die Home-Rule-Bill jedenfalls einigermaßen befestigt. Ueber den Inhalt der Bill ist noch nichts Bestimmtes bekannt. Es ist eine Eigenart Gladstones, daß er nicht auf Grund eines detaillierten Feldzugsplanes handelt, sondern sich im geeigneten Moment auf die Inspirationen seines Genies verläßt. Dies erklärt, daß er überhaupt noch auf eine ihm günstige Erledigung der Home-Rule-Frage hoffen kann. Diefelbe ließe sich auf zweierlei Art herbeiführen: Entweder seine Home-Rule-Bill wird zum Gesetz erhoben, oder sie fällt durch die Stimmen der Irländer. Im letzteren Falle würde die liberale Partei wahrscheinlich Home-Rule über Bord werfen und eine Verständigung mit den liberalen Unionisten herbeiführen suchen, mit deren Hilfe Herr Gladstone eine Majorität erhalten könnte. Beide Fälle sind indes äußerst unwahrscheinlich. Wenn auch die Home-Rule-Bill schon im Februar eingebracht werden soll, so wird sich doch die Regierung bemühen, die Entscheidung über dieselbe möglichst lange hinauszuziehen, einmal in der Hoffnung, daß in der Zwischenzeit noch nicht voraussetzende Ereignisse die Lage zu ihren Gunsten verändern werden, und sodann auch, um mittlerweile die Zeit zur Durchführung von Reformen der Wahlgesetze und anderer auf Stärkung ihres Anhanges berechneter Maßregeln zu benutzen. Die zweite Fassung der Bill wird aus diesem Grunde wahrscheinlich sehr lange hinausgeschoben werden. Andererseits wird es die Hauptaufgabe der Opposition sein, die Entscheidung über die Home-Rule-Bill möglichst bald herbeiführen, und man ist in konservativen Kreisen entschlossen, hierzu jedes von der parlamentarischen Praxis gewährte Mittel zu benutzen.

In der französischen Deputiertenkammer erklärt gestern bei der Fortsetzung der Beratung des Gesetzes über den Schutz der Sparkassen der Ministerpräsident Ribot, die Regierung sei vollkommen ruhig und ihrer Sache sicher. Es habe bis auf den heutigen Tag weder eine große Erregung noch eine Panik in der Sparkassenangelegenheit existiert; die aus den Sparkassen zurückgezogenen Gelder seien gering, die Depots bei den Sparkassen erfreuten sich einer Garantie, welche alle anderen Garantien übersteige, nämlich derjenigen Frankreichs. (Beifall.) Es sei also keine Beunruhigung vorhanden, wohl aber erfordere es die Würde der Regierung, keine derartigen Drohungen und Preisgebungen zu dulden. Die Regierung wolle nicht, daß man zu ihr und zu dem Lande spreche, wie man es gethan habe. (Beifall auf der Linken.) Man sage denjenigen, welche Einlagen machen, ihre Gelder seien nicht sicher, man wage Anspielungen auf einen Krieg zu machen, ein Deputierter schreibe, daß der Staat einen Vertrauensmißbrauch begehe; es gebe kein Land, in dem man eine ähnliche Sprache dulden könne. (Lebhafter Beifall auf der Linken und im Centrum.) Wenn die Regierung ein Gesetz hätte, würde sie unverzüglich gegen die betreffenden Personen gerichtlich eingeschritten sein. Um dies thun zu können, werde die Annahme eines Gesetzes verlangt, welches der Regierung bisher fehlte. Es sei unmöglich, die Institutionen Frankreichs derartig anzuweisen zu lassen. Nachdem die Generaldiscussion geschlossen war, wurde die Vorlage mit 326 gegen 178 Stimmen angenommen. Der Gesetzentwurf bedroht die Angriffe gegen die Sparkassen mit einer Gefängnisstrafe von 2 Monaten bis zu 2 Jahren sowie mit einer Geldstrafe.

Die Kammer beschloß ferner mit 336 gegen 50 Stimmen, daß die Reden Ribots und Ribots in allen Gemeinden Frankreichs zum öffentlichen Anschlag gebracht werden sollen.

Zur Revolution in Hawaii.

Aus San Francisco, den 29. Januar, sind mehrere interessante Einzelheiten über die Revolution und die Absetzung der Königin Liliuokalani in Hawaii eingetroffen. Darnach versammelte sich, als bekannt wurde, daß die Königin eine neue Verfassung proklamieren wolle, eine große Menschenmenge vor dem Palast. Die Königin beschied ihre Minister zu sich ins blaue Zimmer, wo sie in prachtvoller Matinee und mit kostbarer, in Diamanten strahlender Krone auf dem Haupte auf dem Thron sitzend die sofortige Unterzeichnung der neuen Verfassungsurkunde verlangte, indem sie zugleich ihre Absicht kundgab, sie sofort zu proclamieren. Der Generalstaatsanwalt und der Minister des Innern antworteten sofort und entschieden mit: Nein; die übrigen Minister schwankten zuerst, weigerten sich aber darauf gleichfalls, zu unterzeichnen. Sie alle widerriethen der Königin den Gesetzesbruch; vergebens. Sie legte vielmehr die geballte Faust auf den Tisch und rief: „Ich will keine Rathschläge mehr hören. Ich will diese Verfassung hier veröffentlichen, und zwar sofort.“ Die Königin drohte, von den Stufen aus vor dem Palaste dem Volke ihre Absicht mitzutheilen, ihm eine neue Verfassung zu geben. Die Minister hinderten sie zunächst daran; da sie jedoch die Folgen davon fürchteten, daß die Königin dennoch ihre Absicht ausführen könnte, so verließen sie schließlich den Palast und theilten ihren Freunden sofort mit, was vorgegangen war. Die angesehensten Bürger aller politischen Parteilichungen beschloßen in einer auf der Stelle abgehaltenen Versammlung, das Gesetz und die Freiheiten des Volkes zu schützen und den revolutionären Gelüsten der autokratischen Herrscherin Widerstand zu leisten. Darauf suchten die Minister, trotzdem sie für ihr Leben fürchteten, die Königin wieder auf und vernommen er doch, ihr das Zugeständnis zu entlocken, wegen der angelassenen Schwierigkeiten die Proclamation der neuen Verfassung auf einige Tage zu verschieben. Während der Konferenz mit den Ministern wurden die königlichen Truppen außerhalb des Palastes zusammengezogen, und ein Bürger forderte die Menge auf, die Minister, die es gewagt, den königlichen Wünschen zu widersprechen, mit ihrem Blute büßen zu lassen. Darauf denuncirte die Königin selber die Perside ihrer Minister vom Balkone aus, aber ein Vertreter der Minister, der von den Stufen des Palastes herab sprach, belehrte das Volk, daß es durch die Königin verrathen sei, und verlangte ihren Tod. Mittlerweile hatte sich auch der Sicherheits- und Wohlfahrtsausschuß gebildet und seine Arbeit begonnen. Die Königin sah nun ein, daß fernere Widerstand nutzlos sein würde und zog sich in ihre privaten Gemächer zurück, vor welche die provisorische Regierung eine Wache postirte. Die von dem

Wohlfahrtsausschuß erlassene Rundgebung sagt, nach kurzem Abriss der Geschichte der Inseln, daß trotz der Mißregierung der angestammten Dynastie bei der Thronbesteigung der Königin einige Hoffnungen vorhanden war, daß sie in bessere Bahnen einlenken werde. Diese Hoffnungen aber habe sich alsbald als falsch erwiesen, da die Königin mit eigenwilliger Beharrlichkeit vielmehr der Politik ihres Bruders gefolgt sei und auf alle mögliche Weise die Ausdehnung der königlichen Prerogative auf Kosten der Volksrechte ver sucht habe.

„Fünf Aufstände oder Verschwörungen“, heißt es dann in der Rundgebung weiter, gegen die Regierung haben im Laufe von 5 Jahren und 7 Monaten stattgefunden, und wir glauben sicher, daß, wenn nicht radicale Sicherheitsmaßregeln ergriffen werden, unser im Auslande bereits arg gefährdeter Credit gänzlich zu Grunde gehen wird, unser bereits sehr geschwächter finanzieller Zustand gänzlicher Zerrüttung entgegensteht, und die Bürgschaften zum Schutze des Lebens, der Freiheit und des Eigentums stetig geringer werden, in dem Maße, als die politische Situation sich verschlechtert. Wir sind daher der festen Ueberzeugung, daß unsere Handlungsweise dem Besten jedes Bürgers entspricht.“

Darauf wird die Monarchie als abgeschafft erklärt und die Einsetzung einer provisorischen Regierung mitgetheilt, die die öffentlichen Angelegenheiten führen, den Schutz des öffentlichen Friedens übernehmen und so lange im Amte bleiben soll, bis die Vereinigungspunkte mit den Vereinigten Staaten festgestellt sein werden. Die provisorische Regierung besteht aus einem Exekutivcomité, dessen 4 Mitglieder die verschiedenen Abtheilungen der Staatsgeschäfte leiten, und einem gesetzgebenden Rathe aus 14 Mitgliedern. Der Exekutiv-Ausschuß besteht aus Mr. C. Dole, einem der Richter des Oberlandesgerichts, Mr. A. King, Mr. P. C. Jones und Mr. W. C. Smith. Der erstere ist Präsident, Conseillor, ständiger und Minister des Auswärtigen. Der Präsident Dole ist Sohn eines verstorbenen amerikanischen Missionärs gleichen Namens. Die Königin soll sich bedingungslos der provisorischen Regierung unterwerfen haben. Letztere verfügt über ein freiwilliges Corps. Das fremde Element war in einer Stärke von 1200—1500 Personen in der im Zeughaus am 16. d. Mts. abgehaltenen Versammlung vertreten, auf der Resolutionen angenommen wurden, welche die Handlungsweise der Königin verdammen und den Wohlfahrtsausschuß autorisiren, die zum Schutz der öffentlichen Sicherheit nöthigen Schritte zu ergreifen.

Gleich nach der Veröffentlichung dieser Proclamation veröffentlichte die Königin Liliuokalani den folgenden Erlass an ihr Volk:

„Ich Liliuokalani, von Gottes Gnaden und gemäß der Verfassung des hawaiischen Reiches Königin von Hawaii, protestire hierdurch feierlichst gegen alle gegen mich und die constitutionelle Regierung von gewissen Personen verübten Handlungen, welche Personen sich anmaßen, eine provisorische Regierung für dieses Königreich errichtet zu haben. Ich erkläre, daß ich der überlegenen Macht der Vereinigten Staaten weiche, deren Gesandter, Herr Stevens, Truppen der Union in Honolulu landen ließ und erklärte, er werde besagte Regierung unterstützen. Um nun einen möglichen Zusammenstoß von beiderseitiger Macht und dem Volke und vielleicht Verlust an Menschenleben zu vermeiden, erhebe ich hiermit gegen die mir zugefügte Vergewaltigung Einsprache und lege bis zu dem Augenblicke, da die Regierung der Vereinigten Staaten auf die ihr dargelegten Umstände hin das Verhalten ihres Vertreters mißbilligen und mich in die mir als constitutioneller Herrscherin zustehenden Rechte wieder einsehen wird, meine Amtsgewalt nieder.“

Gegeben in Honolulu, 17. Januar 1893.

Liliuokalani.

Aus London wird von gestern über die Hawaii-Frage noch telegraphirt:

Zu den amerikanischen Meldungen, wonach die englische Regierung gegen das Vorgehen der Vereinigten Staaten auf Hawaii Vermahrung eingelegt habe, wird hier bemerkt, daß sämtliche fremde Consuln auf Hawaii gegen die Landung der Truppen protestirt hätten; die britische Regierung habe jedoch keinen Protest nach Washington gesandt, der übrigens durch die Haltung der Regierung der Vereinigten Staaten nicht als gerechtfertigt erachtet werden könnte.

Reichstag.

31. Sitzung vom 31. Januar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Bötticher. Präsident v. Levetzow erklärt, daß bei dem schwachen Besuche des Hauses der Präsident und das Haus bei der Ertheilung von Urlaub vorläufiger Verfahren müßten.

Darauf wird die zweite Beratung des Reichshaushaltsetats für 1893—94 fortgesetzt und zwar beim Etat des Reichsamts des Innern: Gehalt des Staatssecretärs.

Abg. Scipio (nat.-lib., Gutsbesitzer in Mannheim) greift auf die neuliche Nothstandsdebatte zurück und bemerkt gegenüber dem socialdemokratischen Abgeordneten für Mannheim, Dreesbach, daß derselbe sich bei seiner Schilderung des Nothlandes in Mannheim verschiedener Uebertreibungen schuldig gemacht habe.

Abg. Schmidt (Soc.) kommt als Vertreter eines sächsischen industriellen Kreises ebenfalls auf die neuliche Nothstandsdebatte zurück, um besonders dem Ausspruch des Staatssecretärs v. Bötticher, daß er einen allgemeinen Nothstand nicht anerkennen vermöge und daß sich besonders in der sächsischen Textil-Industrie bereits Anzeichen der Besserung bemerkbar machten, entgegenzusetzen. Der Redner schilderte eingehend die Nothlage der sächsischen Industriearbeiter und bestritt entschieden, daß sich bereits jetzt Anzeichen der Besserung bemerkbar machten. Man könne höchstens verschiedene Saisoninflüsse anführen, in denen allerdings vorübergehend eine größere Thätigkeit sich gezeigt habe. Aber das sei nicht maßgebend, es herrsche im Gegentheil unter der gesamten Industriearbeiterbevölkerung Sachsens unsagbares Elend und die Zahl der Steuerbefreiten nehme immer mehr und mehr zu. Des weiteren führte Redner die Privatstatistik verschiedener Arbeitervereine an, um nachzuweisen, wie groß die Arbeitslosigkeit sei. Auch auf die in der letzten Zeit in Sachsen abgehaltenen Arbeitslosenversammlungen nimmt er Bezug, um daran die Aufmerksamkeit zu knüpfen, daß der Staatssecretär mindestens leichtfertig geurtheilt habe. (Vizepräsident Graf Ballestrem bezieht den Ausdruck „leichtfertig“ als der Ordnung des Reichstages widersprechend.) Der Redner mobilisirt dann den Ausdruck dahin, daß die Behauptung des Herrn v. Bötticher der Wahrheit nicht entspreche, und fordert zugleich Herrn v. Bötticher auf, die sächsischen Fabrikinspektoren anzuweisen, sich einmal eingehend mit den Verhältnissen der sächsischen Arbeiter zu befassen und über die Lage derselben zu berichten.

Sächsischer Bundesbevollmächtigter Graf v. Hohenthal: Ich gebe zu, daß in gewissen Industriezweigen die Löhne herabgesunken sind, aber das geschieht in Folge der schlechten Conjunction. Die schlimmste Zeit ist überwunden. (Widerpruch bei den Socialdemokraten.) Es sind Anzeichen einer Besserung hervorgetreten. Eine Arbeitslosigkeit in dem Umfange, daß man dieselbe als allgemeinen Nothstand bezeichnen kann, besteht nicht. Trotz des strengen Winters, der ungünstigen Geschäftslage ist von einem allgemeinen Nothstand nicht die Rede. Die sächsische Regierung hat die Nothlage

gewiesen, auf die Ernährung der Bevölkerung ihre besondere Aufmerksamkeit zu richten, und es wurden gewisse Mittel dazu bereit gestellt, die bis Ende December in Anspruch genommen waren. (Redner verliest zum Beweise dessen, daß die Lage der Industrie eine bessere geworden sei, Stellen aus amtlichen Berichten, deren Inhalt aber auf der Tribüne unverfälscht bleibt.) Ein Nothstand kann doch nur angenommen werden, wenn die Löhne nicht mehr zum Leben ausreichen. Die Socialdemokraten, die von Renten leben, haben wahrlich keine Veranlassung, über einen Nothstand zu klagen. (Beifall rechts.)

Abg. Bebel (Soc.): Die Herren vom Reichstag leugnen einen Nothstand, in der Militär-Commission hat heute der Herr Staatssecretär des Schatzamts erklärt, ob der Nothstand im Wirtschaftsleben erreicht sei, wisse er nicht. Im letzten Jahre war die Statistik der Bankerotte so hoch wie noch nie, neben den Bankerotten finden Moratorien, Vergleiche u. s. w. in großer Zahl statt. Er zeugt einen großen Muth dabei zu behaupten, es existire kein Nothstand von erheblicher Bedeutung. Herr Graf v. Hohenthal hält den neulich mitgetheilten Bericht des Herrn Staatssecretärs für richtig. Die Verfasser derartiger Berichte wenden sich aber nur an die Unternehmer, die stets ein Interesse daran haben, die Lage günstig darzustellen. Um ein richtiges Bild zu gewinnen, hätte man sich auch an die Arbeiter wenden müssen. Der Herr Vertreter Sachsens meinte, von einem Nothstand könne man nicht reden, wo Löhne gezahlt werden, von denen man leben kann. Kann denn eine Familie von 10 Mk. pro Woche leben? Die Herren Minister haben offen gesagt wie sie von der Lage denken. Die Berichte der Fabrikinspektoren haben, da sie von der Regierung beeinflusst sind, keinen ungetrübten Werth. In Chemnitz ist eine von Arbeitern aufgenommene Arbeiterstatistik veröffentlicht worden, in Dresden hat man deren Veröffentlichung unterjagt; auf Grund welcher Gesetze weiß ich nicht, aber in Sachsen ist ja in dieser Beziehung alles möglich. Ueber die Interessengemeinschaft zwischen Arbeiter und Unternehmer würden die andere Ansichten haben, wenn Sie diese Verhältnisse an sich erfahren hätten. Im allgemeinen muß ich noch hervorheben, daß die Verhältnisse bei den preussischen Staatsbahnen die Verschlechterung der Lage beweisen. Hat nicht der preussische Minister angeordnet, daß den Eisenbahnfahrern die ihnen bisher gelieferten Pelze entzogen wurden? Diese Pelze sind an einen Händler mit 7 Mk. pro Stück verkauft worden, der sie an die Schaffner mit 25 Mk. pro Stück zurückverkauft. Wenn man sieht, welche Schläge der Herr Bundesbevollmächtigte aus seinen Ermittlungen zieht, so muß man mit dem alten Ogenfierna sagen: Du weißt nicht, mein Sohn, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird.

Bundesbevollmächtigter für Sachsen Graf Hohenthal: Ich habe nur einen allgemeinen Nothstand in Abrede gestellt. In einzelnen Branchen sind die Löhne gesunken, und ich hoffe, daß sie sich wieder bessern werden. Mit den Nothstandsdeclamationen der Arbeiter harmonirt wenig der zunehmende Besuch der Wirtschaften und Läden.

Abg. Buhl (nat.-lib.): Ein Sinken der Conjunction wirkt, das entgehe ich Herrn Bebel, nur langsam auf die Arbeitslöhne, weil der Unternehmer einen großen Theil seiner Ersparnisse dazu verwendet, seine Arbeiter zu bezahlen. Ich stelle ferner in Abrede, daß der Arbeiterstand in Sachsen in seinem Wohlstande zurückgegangen ist. Die Zahl der auf 800 bis 3300 Mk. Einkommen liegenden von 1879 bis 1890 von 227 000 auf 409 000 gestiegen, das Einkommen hat sich auf 121 Millionen auf 548 Millionen vermehrt, dabei ist die Bevölkerungszahl in derselben Zeit nur um 18 Proc. gestiegen (hört, hört! rechts). Auch der ganze Mittelstand hat sich im allgemeinen gehoben, wie sich ebenfalls aus den Steuerlisten beweisen läßt. Unsere Zeit ist also lange nicht so schlimm, als es die Feinde unserer Gesellschaftsordnung darstellen. Gerade in einer Zeit der Krisis müssen die Arbeitgeber bestrebt sein, den Arbeitern auch über die schlechten Zeiten hinwegzuhelfen. Aber die Arbeiter müssen diese Hilfe auch anerkennen und dafür dankbar sein. Geschieht das, so sind auch solche Zeiten geeignet, das Band zwischen Arbeitgeber und -nehmer enger zu knüpfen. (Beifall.)

Abg. Mehnert (cons.): Nach genauen Nachforschungen ist in verschiedenen Branchen Sachsens eine Besserung eingetreten. Die Concurse sind weder in der Großindustrie noch in der Arbeiterwelt vorgekommen. Nur das Kleingewerbe fällt dem Concurse anheim. Daß die Verhältnisse in Sachsen sich gebessert haben, beweisen die Ziffern über den Mehrconsum an Fleisch, Zucker u. s. w. Auch bezüglich der Sparkasseneinlagen weist kein Land so günstige Resultate auf wie Sachsen. Sachsen erhält die Bergwerke nur mit großen Opfern aufrecht, nur um die Arbeiter nicht brodlos werden zu lassen. Die Verfügung der Dresdener Polizeidirection bezüglich der Arbeitslosenstatistik kann ich nur mit Freude begrüßen, wie das auch von der ganzen Presse, außer der socialdemokratischen geschieht. Daß es den Arbeitern nicht schlecht geht, beweisen die vielen Vergnüglichkeiten, welche die Arbeiter veranstalten. Der „Vorwärts“ enthält in jeder Nummer zahlreiche Anzeigen über Stiftungsfeste, Maskenbälle u. s. w. Ich habe nichts dagegen, daß der Arbeiter sich vergnügt, aber dann soll man nicht immer in der socialdemokratischen Presse über die harmlosen Vergnügen der besser situirten Bevölkerung herziehen.

Abg. Bebel: Die Unternehmercartelle führen ihre schwarzen Listen, um einen unheimlichen Arbeiter brodlos zu machen; selbstverständlich, daß wir ihn als Agitator, Redacteur oder Colporteur anstellen. Ich schätze die Thätigkeit eines solchen Parteimitgliedes weit höher, als die eines sächsischen Bundesrats-Bevollmächtigten, wenn er auch nicht so viel Gehalt hat, wie dieser. Ich denke, Herr Graf Hohenthal wird mit dieser Antwort zufrieden sein. Die Verordnung der Dresdener Polizeidirection war ungeheuerlich — Herr Mehnert hat kein Gefehl nennen können, worauf das Verbot fußte. Es spricht nicht gegen die Thatsache des Nothlandes, wenn die Arbeiter einmal im Jahre in der Lage sind, sich zu amüsiren. Herr Mehnert spricht von harmlosen Vergnügungen der bescheidenen Klasse; meint er damit auch die Herren-Abende und Balletausgänge in Leipzig und Berlin? Die Humanität der Unternehmerr wird hier in Frage gestellt. Fragen Sie jeden Nationalökonom: bei Verschlechterung der Conjunction sinken die Löhne zuerst, bei Verbesserung derselben steigen sie zu allerletzt. Cassen Sie erst einmal alle Unternehmer bankerott sein; Sie werden sich wundern, wie gut es ganz ohne Unternehmer geht. Was die herbeigelegene Einkommensteuerstatistik betrifft, so befinden sich in der Klasse mit 800—2000 Mk. Einkommen keine 10 Proc. Arbeiter. Die Vermehrung dieser Klasse trifft vielmehr den Beamtenstand, der durch die Einrichtung der Berufsgenossenschaften und ähnliche Organisationen erheblich gestiegen ist. Die Zunahme der Concurse im Mittelstand beweist ja, daß ich Recht habe, das gegenwärtige Wirtschaftssystem zu verurtheilen. Die Sparanlagen beweisen nichts, da hier zum großen Theil der kleine Kapitalistenstand vertreten ist. Als man 1886 die Einführung von Reichspostparcassen vorschlug, wurde dagegen angeführt, daß die Sparkassen im Laufe der Zeit ihren Werth für die kleinen Leute verloren haben. Herr Mehnert freut sich, daß auch die Führer beim Dresdener Trianonfest Narrenkappen getragen haben. Nun, bei uns kommt das nur einmal im Jahre vor; bei den anderen Parteien aber tragen die Führer die Narrenkappe das ganze Jahr.

Staatssecretär v. Bötticher: Ich hätte es gern gesehen, wenn der Vorredner uns endlich einmal Aufschluß gegeben hätte über den socialdemokratischen Zukunftsstaat. (Zuruf des Abg. Bebel: Das leidet der Präsident nicht!) Bei dem Titel Staatssecretär des Reichsamts des Innern kann über Alles gesprochen werden. Ich habe in der Nothstandsdebatte anerkannt, daß es eine Thorheit wäre, das Bestehen eines Nothstands zu leugnen; ich habe nur bestritten, daß ein Nothstand vorhanden ist, der das Einkommen des Reichs gefährdet. (Zuruf: Ja, das ist in der That der Fall.)

der Socialdemokraten immer noch falsch dargestellt. Es wird bei der öffentlichen Erörterung dieser Frage nicht immer streng die Wahrheit festgehalten. Ich kann es begreifen, daß die Vorredner die ihnen zugehenden Zuschüsse benutzen, aber wir können doch auch die uns zugehenden Mittheilungen nicht unberücksichtigt lassen und diese besagen, daß wer Arbeit finden will, sie immer noch finden kann, wenn er nur dorthin geht, wo die Arbeit ist. (Zustimmung rechts.) Der Zudrang der Arbeitskräfte in die Industriezentren ist ein so großer, daß mehr Arbeitskräfte vorhanden sind, als verlangt werden. Aber man will diesen Zudrang zu den Industriezentren nicht hindern. Herr Bebel hat von der Sparfahigkeit der Eisenbahnverwaltung gesprochen, namentlich von der Entziehung der Pelze. Solche Pelze sind nur im Osten verwendet worden, sie sind auch nicht abgekauft worden, sondern werden nach wie vor benutzt, nur da, wo die Beamten sich in geheizten Coupés befinden und der Pelz für sie eine Last ist, haben einzelne Directionen den Pelz abgekauft. Auch die viel getadelte monatliche Abrechnung ist kein Nachtheil für die Arbeiter. Jede Verwaltung will möglichst billig arbeiten; deshalb ist an die Stelle der vierteljährlichen die monatliche Abrechnung getreten, aber unter Aufrechterhaltung der 14tägigen Lohnzahlung. Es müssen schwache Gründe sein, wenn man so mit persönlichen Epitheten und Invektiven vorgeht. Es ist ja möglich, daß die Mitglieder der Regierung mit wenig Verstand begabt sind. (Zuruf Bebel: Das habe ich nicht gesagt!) Es ist möglich, daß ein socialdemokratischer Agitator mehr leidet im Sinne des Herrn Bebel, als ein Bundesratsbevollmächtigter. Es besteht aber ein Unterschied: Wir wollen der Wahrheit auf den Grund kommen, aber Sie wollen nur Unzufriedenheit säen, und da machen wir nicht mit. (Zustimmung rechts.)

Abg. Mehnert (cons.) bestritt, daß die kleinen Kapitalisten ihr Geld bei der Sparkasse niedergelegt haben. Die Zahlen beweisen, daß es sich dabei nur um die Einzahlung von kleinen Renten, von Arbeitern handelt. Wenn die Socialdemokraten meinen, das Verschwinden der Unternehmer aus der Gesellschaft würde kaum bemerkbar werden, so kann ich sagen: das Verschwinden der Herren Socialdemokraten würde nur wohlthätig wirken.

Abg. Dr. Bachem (Centr.): Die Socialdemokraten werfen jeden Nothstand unserer Gesellschaftsordnung vor. Warum weigern sich die Herren, uns den socialdemokratischen Staat auszumalen? Ich habe die socialdemokratische Literatur mit heiligem Bemühen studirt, aber als ich fertig war, da stand ich, ach, ich armer Thor, und war so klug als wie zuvor. (Heiterkeit.) Ich zweifle an Ihrer Fähigkeit, uns ein klares Bild Ihrer Ideen zu geben. Es ist mitunter versucht worden, aus hier und da zerstreuten Rubrica und Apercus einen socialdemokratischen Staat aufzubauen, wie das Herr Richter gethan hat. Sie erkennen diesen vom Collegen gezeichneten Staat nicht als den socialdemokratischen an, wir dürfen Sie dabei nicht von der Pflicht entbinden, diesen socialdemokratischen Staat zu zeichnen, und Sie müssen uns ein Werk bieten, das ebenso geistreich ist, wie die Darstellung, die wir an dem Werke des Collegen Richter bewundern. Wie wollen Sie, die Sie nicht einmal Ihre Partei regieren können, einen Staat regieren? Hat denn Bebel die Autorität, oder Liebmacht, oder gar Herr Singer? (Heiterkeit.) Nirgends ist so wenig Solidarität, Berufstreue, so viel Mißgunst und Neid, wie bei Ihnen. Kommt es etwa bei uns vor, daß man einem Führer vormirirt, er habe 10 000 Mk. Einkommen? Sie schimpfen immer auf die Tyrannei in unserem Staate. Ist die Tyrannei bei Ihnen geringer? Herr Bebel ist doch bloß deshalb nicht der größte Tyrann, weil es ihm nicht gelungen ist, die Fingern aus der Partei herauszuwerfen. Im socialdemokratischen Staate werden Sie ohne Tyrannei auch gar nicht auskommen können. Vor den Augen von ganz Deutschland werden Sie Ihren Staat klarlegen müssen. (Cachen bei den Socialdemokraten.) Glauben Sie, daß wir einen Sprung ins Dunkle machen werden mit Leuten, die nicht einmal im Stande sind, eine Bäderregimentschaft zu halten? Der deutsche Arbeiter wird von Ihnen einmal Rechenschaft fordern, nachdem er so lange genaschelt worden ist. Wenn die Strichung unglücklich verläuft, so schütteln Sie die kleinen Agitatoren von Ihren Rockschößen ab, und doch leben diese Agitatoren ebenso von der Parteikasse wie Sie. (Beifall rechts.) Sie verurtheilen immer die Arbeiter, aber auf die Dauer werden Sie es nicht mitmachen. Ihr socialdemokratischer Staat ist ein leeres Wahngelbde ohne Fels und Bein. (Beifall im Centrum.)

Abg. Bebel beantragte Vertagung der Debatte (gegen 5 Uhr).

Da die Abstimmung über diesen Antrag zweifelhaft bleibt, wird „Sammelsprung“ nöthig, welcher die Beschlußfähigkeit des Hauses ergibt. Es waren nur 147 Mitglieder anwesend. Die Sitzung wird abgebrochen.

Morgen 1 Uhr (Anträge des Centrums und der Conservativen über Abjurationsgeschäfte und Hausirhandel). Schluß 5 Uhr.

Deutschland.

L. Berlin, 31. Januar. Zu der letzten Sitzung der Militärcommission (deren Ergebnisse bereits telegraphisch gemeldet sind) tragen wir noch folgenden näheren Bericht nach:

Zu dem ersten Antrage führte der Antragsteller Richter aus, daß die Veranschlagung der Ausgaben in Folge der Vorlage, wie solche in dem der Commission mitgetheilten Nachtragsetat enthalten ist, um 14 Mill. Mk. hinter der Wirklichkeit zurückbleiben werde. So werde sich der Pensionsfonds um 6 Millionen erhöhen. Die Kosten der Kasernierung der Mannschaften würden etwa 150 Millionen betragen; dazu kommen die Mehrausgaben in Folge des Wegfalls der Manuequements. Ferner seien die Mehrausgaben für die neuen Schiffsbauten, 4 Panzerschiffe, 6 Kreuzercorvetten u. s. w., Torpedoboote u. s. w. in Betracht zu ziehen, die einen Kostenaufwand von mindestens 124 Mill. Mk. erfordern würden. Bezüglich des zweiten Antrages wies der Antragsteller darauf hin, daß die Ausgaben für die Alters- und Invalidenversicherung in 5 Jahren um 17 Mill. Mk., die Schuldzinsen um 35 Mill. steigen würden. Dazu komme die Erhöhung der Besoldungen. Bezüglich der Einnahme sei eine Steigerung des Ertrages der Zuckersteuer und der Zölle in Aussicht zu nehmen, die insofern den Mehrbedarf nicht decken würden. Schon in dem nächsten Etat seien die Matricularbeiträge um über 35 Millionen erhöht. Im Etat 1894/95 stehen Mindereinnahmen des laufenden Jahres mit 6 Mill. Mk. in Aussicht; zudem würden die in dem Etat 1893/94 zur Verfügung stehenden Ueberschüsse des vorigen Jahres fehlen; der Etat stehe also von vorn herein um 10 Millionen ungünstiger. Dazu komme voraussichtlich bei den Zöllen eine Mindereinnahme von 21 Millionen.

Major Bachem hält dem Abg. Richter gegenüber den Vorschlag des Nachtragsstats aufrecht; er werde das im einzelnen in der Subcommission nachweisen. Er berechne die Kosten der Kasernierung für Preußen allein auf 90 Millionen; die zur Zeit im Gebrauch befindlichen Baracken reichten noch für 50 Jahre aus. Die Uebungsplätze reichten auf absehbare Zeit aus. Der Pensionsfonds erhöhe sich nach der Vorlage um 5 Millionen.

Geschäftsleiter v. Mathahn hält einen Vorschlag der Ausgaben für die nächsten fünf Jahre für unmöglich. Gälten doch die Liberalen sogar eine Feststellung des Etats für 2 Jahre seiner Zeit abgelehnt (!). Zur Deckung der Ausgaben der Militärverwaltung reichten 57 1/2 Mill. Mk. aus und diese würden durch die Steuererhöhungen gedeckt.

Abg. v. Stumm will der Einsetzung einer Subcommission nicht widersprechen, da die Militärverwaltung damit einverstanden sei. Der zweite Antrag Richters aber werde nur die Verhandlungen verschleppen.

Abg. Buhl (nat.-lib.) ist mit den Anträgen einverstanden; volle Klarheit über die finanziellen Folgen sei

Herr C. A. Meyer
wird hierdurch aufgefordert, bei
seinem ihm gemieteten Laden
innerhalb 3 Tagen zu bestehen
da ich sonst anderweitig darüber
verfüge. (32)
Danig, den 1. Februar 1893.
Franz Unger.

Der Herr, d. Sonntag d. Lepzig
in ein Paar fremde Gummiboot
nahm, wolle diese bald dort abgeh
nehmen.

Druck und Verlag
von A. M. Rafemann in Danzig
Hierzu eine Beilage

Beilage zu Nr. 19955 der Danziger Zeitung.

Mittwoch, 1. Februar 1893.

Aus der Provinz.

† **Neuteich**, 31. Jan. Zum heutigen Markt waren ca. 900 Pferde zum Verkauf gestellt. Händler waren zahlreich aus Pommern, Polen und Berlin erschienen. Das Material war meist mittlerer Qualität. Für Arbeitspferde wurden 100—500 Mk., für Luxusperde bis 800 Mk. gezahlt. Der Rindviehmarkt war wegen der herrschenden Maul- und Klauenseuche aufgehoben.

□ **Raikau**, 31. Januar. Sonnabend fand hier eine sehr stark besuchte Versammlung der Besitzer von Ornassau, Raikau, Rathstube und Brust statt. Es wurde die Frage ventilirt, wie diese Gemeinden am leichtesten und besten mit dem Bahnhofe und den Zuckerfabriken verbunden werden könnten. Von Raikau, einer Gemeinde mit einem Areal von über 2000 Hectaren zum Theil vorzüglichsten Bodens, führt ein 5 Kilom. langer Weg nach Pelplin, der auf der einen Hälfte sumpfig, zum andern Theil sandig ist. Während der trockenen Jahreszeit ist der Sandweg, im Herbst der Lehmweg schwer passierbar, so daß die Beförderung von Rüben auf diesem Wege kaum möglich ist. Die Gemeinde hatte sich verschiedentlich an den Kreis-Ausschuß Dirschau gewandt und um Erbauung einer Chaussee gebeten, bisher jedoch nur das Versprechen erhalten, demnächst berücksichtigt zu werden. Bei den heutigen Getreidepreisen können die Besitzer bei alleinigem Getreidebau nicht bestehen und sie beschloßen daher, sich mit vorgenannten Orten zur **Erbauung einer Kleinbahn von Brust nach Bahnhof Pelplin** zu verbinden. Es wurden die Kosten für die Vorarbeiten aufgebracht und ein Comité gewählt, das mit Kreis und Provinz über Prämierung dieser Strecke unterhandeln soll, und beabsichtigt man dann eine Genossenschaft zu gründen, die den Bau ausführen soll.

□ **Elbing**, 31. Januar. Auf dem benachbarten Gute Wogenab sind in der letzten Zeit Versuche mit der **Korbweidencultur** angestellt worden, welche in jeder Beziehung zufriedenstellend ausgefallen sind. Es wird deshalb die Anlage, welche gegenwärtig eine Landfläche von mehr als 200 Morgen umfaßt, ständig vergrößert. Daß die ganze Anlage einen großen Kostenaufwand verursacht, geht aus dem Umstande hervor, daß die zum Beschulen der Weiden bestimmte Einrichtung allein 60 000 Mk. gekostet hat. Zum Anbau gelangen italienische und rheinische Korbweiden, welchen Arten deshalb der Vorzug gegeben ist, weil dieselben gar nicht oder nur in geringem Grade Aeste treiben. Die Nachfrage nach diesem Material ist so stark, daß bei weitem nicht alle Aufträge erledigt werden können. — Unter den Mitgliedern der hiesigen katholischen Gemeinde werden gegenwärtig **freiwillige Beiträge** zu dem Zwecke gesammelt, unbemittelten Gemeindegliedern anlässlich des bevorstehenden **50jährigen Bischofs-Jubiläums des Papstes** eine Reise nach Rom (? D. Red.) zu ermöglichen. — In unserem Nachbarstädtchen Tolkemit wurde in einer gemeinschaftlichen Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten einstimmig beschlossen, das zum Bau

der **Haffuferbahn** erforderliche Gelände innerhalb des Stadtgebietes kostenlos herzugeben.

† **Aus dem Elbinger Kreise**, 31. Jan. Wie im Jahre 1888, so lagern auch jetzt ungewöhnliche Schneemassen auf Straßen und Feldern. Haushoch zusammengetriebene Schanzen findet man überall. Die Chaussees mußten mit großen Schneeschauflern geräumt werden. Die Niederungsbewohner sehen mit Bangen dem kommenden Eisgang entgegen. — Der zweite Lehrer H. in Groß Stobon wurde vom Schulvorstand von Hefenwerder (Hamburger Landgebiet) als Lehrer an die dortige Schule gewählt und vom Senat bestätigt. In Folge dessen trat derselbe in den ersten Tagen des Januar seine neue Stelle an, obgleich die kgl. Regierung zu Danzig dessen Entlassung aus dem hiesigen Schuldienst noch nicht ausgesprochen hatte. Dieselbe forderte vielmehr sowohl vom Senat als auch von dem betreffenden Lehrer die Rückkehr in seine Stellung und event. die vorgeschriebene dreimonatige Kündigung. Nunmehr verfiel Lehrer H. seit mehreren Tagen wieder den Schuldiensten in Groß Stobon.

† **Marienwerder**, 31. Januar. Zur Besichtigung des von der Stadt für die dritte **Provinzial-Irrenanstalt** empfohlenen Gutes Liebensthal war am Sonnabend eine Provinzial-Commission hier anwesend, welche aus den Herren Landesdirector Jäckel, Landesrath Hünze, Director der Provinzial-Irrenanstalt zu Neustadt Krömer und Provinzial-Landschafts-Director Plehn-Kraftsteden bestand. Soweit man hört, scheint das offerirte Terrain für den genannten Zweck geeignet befunden worden zu sein und es wird deshalb voraussichtlich der Stadtverordneten-Versammlung demnächst eine Vorlage über die Opfer zugehen, welche unsere Commune für die Herüberlegung der Anstalt bringen könnte. Im wesentlichen wird es sich dabei um den Erwerb zweier Parzellen handeln, welche in das Gutsareal einschneiden, aber nicht zum Gute gehören.

† **Rum**, 31. Januar. Da die Maul- und Klauenseuche sich immer weiter ausbreitet, sind vom Landrathsamte verschärfte Bestimmungen veröffentlicht worden. Neuerdings ist die Seuche auf dem Rittergute Wichorsee und Dorf Schönsee aufgetreten.

Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 31. Januar. In der heute abgehaltenen Sitzung des Curatoriums der **Pommerschen Hypotheken-Actien-Bank** wurde der Abschluß pro 1892 vorgelegt und genehmigt. Aus demselben ergibt sich, daß die Bank im abgelaufenen Jahre ihren Pfandbrief-Umlauf per Saldo abermals erheblich erhöht (Zunahme über 18 Mill. Mk.) und mit günstigem Erfolge gearbeitet hat. Der Netto-Gewinn beträgt 457 761 Mk. (1891: 297 558 Mk.), aus welchem der auf den 28. Februar cr. einzuberufenden General-Versammlung die Vertheilung einer Dividende von 6 Proc. (wie 1891) auf das erhöhte Actien-Kapital von 4½ Millionen Mk. (1891: 2 999 800 Mk.) bei einem Gewinn-Vortrage von 95 588 Mark vorgeschlagen wird.

Hamburg, 31. Jan. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco neuer 156—158. Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 138—140, russ.

loco ruhig. Transito 110 nom. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rüböl (unverz.) still, loco 51. — Spiritus loco ruhig, per Januar 23 Br., per Jan.-Febr. 23 Br., per April-Mai 22 Br., per Mai-Juni 22½ Br. — Kaffee fest, Umsatz 2000 Sack. Petroleum loco ruhig, Standard white loco 5.20 Br., per Febr.-März 5.10 Br. — Regnerisch.

Hamburg, 31. Jan. Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rübenroh Zucker 1. Product Basis 88% Rendement eue Ujanze, i. a. B. Hamburg per Januar 14.32½, per März 14.40, per Mai 14.55, per September 14.42½. Behauptet.

Hamburg, 31. Jan. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Januar —, per März 82½, per Mai 80½, per Septbr. 80½. Ruhig.

Bremen, 31. Januar. Kaffee. Petroleum. (Schlußbericht.) Fahrschiff. Ruhig. Loco 5.40 Br.

Saure, 31. Januar. Kaffee. Good average Santos per Januar 101.50, per März 101.75, per Mai 100.25. Ruhig.

Mannheim 31. Jan. Weizen per März 16.95, per Mai 16.90, per Juli 17.05. Roggen per März 14.60, per Mai 14.50, per Juli 14.75. Hafer per März 14.45, per Mai 14.60, per Juli 14.90. Mais per März 11.65, per Mai 11.65, per Juli 11.65.

Frankfurt a. M., 31. Jan. Effecten-Societät. (Schluß.) Deutscher Credit-Actien 271½. Lombarden 81½. ungarische Goldrente 96.80*, Gothaerbank 151.80, Disconto-Commandit 183.40, Dresdener Bank 139.80, Bochumer Gußstahl 119.40, Dortmunder Union St.-Pr. —, Gelsenkirchen 136.20, Harpener 127.30, Siberia 108.50, Laurahütte 95.70, 3% Portugiesen 21.10, italienische Mittelmeerbahn —, Schweizer Centralbahn 114.30, Schweizer Nordostbahn 103.50, Schweizer Union 69.40, italienische Meridional 125.70, Schweizer Simplonbahn 49.20, ungar. Kronenrente 93.60, Träge.

Wien, 31. Jan. (Schluß-Course.) Deferr. 4½% Bapierrente 98.87½, do. 5% do. 102.05, do. Silberrente 98.45, do. Goldrente 116.60, 4% ungar. Goldrente 114.65, 5% do. Bapier. 102.40, 1880er Rente 149.00, Anglo-Aust 153.00, Cänderbank 237.60, Creditact. 324.00, Unionbank 248.50, ungar. Creditactien 372.00, Wiener Bankverein 120.10, Böhm. Westbahn 363.00, Böhm. Nordb. 189, Busch. Eisenbahn 463.00, Dux-Bodenbacher —, Elbethalbahn 232.50, Ferd. Nordbahn 288.00, Franzosen 297.25, Galizier 221.00, Lemberg-Gjern. 256.00, Lombard. 94.00, Nordwestb. 214.50, Pardubitzer 194.00, Alp.-Mont.-Act. 53.50, Tabakactien 169.50, Amsterd. Wechsel 100.15, Deutsche Plätze 59.22½, Londoner Wechsel 120.90, Pariser Wechsel 48.17½, Napoleons 9.63, Marknoten 59.22½, Russ. Banknoten 123½, Silbercoup. 100, Bulgar. Anl. 112.75.

Amsterdam, 31. Jan. Getreidemarkt. Weizen per Mai 176. Roggen per März 130, per Mai 129.

Antwerpen, 31. Jan. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Inpe weiß loco 12½ bez. und Br., per Februar-März 12½ Br., per September-Dezember 12½ Br. Ruhig.

Antwerpen, 31. Januar. Getreidemarkt. Weizen ruhig. Roggen fest. Hafer unbelebt. Gerste behauptet.

Paris, 31. Jan. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen behpt., per Januar 21.50, per Februar 21.60, per März-April 21.50, per März-Juni 22.10. — Roggen ruhig, per Januar 13.70, per März-Juni 14.20. — Weizen behpt., per Januar 49.80, per Februar 48.60, per März-April 48.70, per März-Juni 48.70. — Rüböl ruhig, per Januar 57.00, per Februar 57.25, per März-April 57.50, per März-Juni 58.00. — Spiritus fest, per Januar 46.50, per Februar 46.75, per März-April 47.00, per Mai-August 47.25. — Wetter: Milde.

Paris, 31. Jan. (Schlußcourse.) 3% amortisir. Rente

*) per comptant.

98.10, 3% Rente 97.30, 4% Anleihe —, 5% italien. Rente 91.37, österr. Goldr. 95.50, 4% ungar. Goldrente 95.50, III. Orientanleihe 67.25, 4% Russen 1880 —, 4% Russen 1889 97.50, 4% unific. Aegypt. 99.20, 4% span. äuf. Anleihe —, convert. Türken 21.55, türk. Cooie 88.30, 4% Prioritäts-Türk. Obligationen 439.50, Franzosen 628.75, Lombarden 217.50, Comb. Prioritäten —, Credit foncier 993.00, Rio Tinto-Actien 385.00, Suezkanal-Actien 2607, Banque de France 3875, Wechsel auf deutsche Plätze 122½, Londoner Wechsel 25.09, Cheques a. London 25.10½, Wechsel Amsterdam kurz 206.12, do. Wien kurz 205.50, do. Madrid kurz 424.00, Neue 3% Rente —, 3% Portugiesen 21½, neue 3% Russen 78.50, Banque ottomane 578.00, Banque de Paris 630, Banque d'Escompte 142.00, Credit mobilier 126.00, Meridional-Actien 620, Panamakanal-Actien —, Credit Lyonnais 757.00, Tab. Ottom. 362, 2½% englische Consols —, Rente d'Esc. neue 492, Robinson-A. 90.00, Privatdiscont —.

London, 31. Januar. An der Rüste 1 Weizenladung angeboten. — Wetter: Bewölkt, milder.

London, 31. Januar. (Schlußcourse.) Engl. 2½% Consols 99½, Br. 4% Consols 105, 5% italien. Rente 91½, Lombarden 81½, 4% conf. Russen von 1889 (2. Serie) 98½, convert. Türken 21½, österr. Silberrente 81, österr. Goldrente 98, 4% ungarische Goldrente 95, 4% Spanien 61½, 3½% privil. Aegypt. 93½, 4% unific. Aegypt. 98½, 3% garantierte Aegypt. —, 4½% ägypt. Tributanteile 97, 3% consol. Mexikaner 80½, Ottomanbank 13½, Suezactien —, Canada-Pacific 89½, De Beers-Actien neue 17½, Rio Tinto 15½, 4% Rupees 64½, 6% fund. argent. Anleihe 64½, 5% argentinische Goldanl. von 1886 65, do. 4½% äufere Goldanl. 37, Neue 3% Reichsanleihe 86½, Griechische Anl. v. 1881 63, Griechische Monopole Anleihe v. 1887 55½, Brasilianische Anleihe v. 1889 66½, Plahdiscont 1½, Silber 38½, — Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20.52, Wien 12.21, Paris 25.30, Petersburg 24½.

Glasgow, 31. Januar. Roheisen. (Schluß.) Mired numbers warrants 44 sh. 9 d. Käufer, 44 sh. 11 d. Verkäufer.

Liverpool, 31. Jan. Baumwolle. Umsatz 6000 Ballen, davon für Speculation und Export 500 Ballen. Ruhig. Broad 1/16 niedriger. Middl. amerikan. Lieferungen: Januar-Februar 5/32 Käuferpreis, Februar-April 5/32 do., März-April 5/16 do., April-Mai 5/8 do., Mai-Juni 5/8 do., Juni-Juli 5/8 do. Verkäuferpreis, Juli-August 5/32 Käuferpreis, August-Septbr. 5/32 d. do. **Liverpool**, 31. Jan. Getreidemarkt. Weizen unverändert. Mehl ruhig, Mais 1 d. höher gefordert. — Wetter: Schön.

Petersburg, 31. Jan. Wechsel auf London 97.40, do. Berlin 47.77½, do. Amsterdam 80.75, do. Paris 38.65, 1/2-Imperials 782, russ. Bräm.-Anleihe v. 1864 (gest.) 240¼, do. 1866 226¼, russ. 2. Orientanl. 103, do. 3. Orientanleihe 103½, do. 4% innere Anleihe —, do. 4½% Bodencredit-Pfandbriefe 153¼, Große russ. Eisenbahnen 251, russ. Südwestb.-Act. 114¼, Petersburger Discontobank 488, Petersburger intern. Handelsbank 445, Petersburger Privat-Handelsbank 383, russ. Bank für auswärt. Handel 283½, Warschauer Discontobank —, Russ. 4% 1889er Cont. 150½, Privatdiscont 4½.

Petersburg, 31. Januar. Productenmarkt. Talg loco 57.00, per August —, — Weizen loco 11.25, Roggen loco 8.50, — Hafer loco 4.90, — Hanf loco 43, Leinast loco 15.25. Frost.

Newark, 31. Januar. Visible Supply an Weizen 81 488 000 Bushel, do. an Mais 12 535 000 Bushels.

Newark, 30. Januar. (Schluß-Course.) Wechsel auf London (60 Tage) 4.85½, Cable-Transfers 4.87½, Wechsel auf Paris (60 Tage) 5.17½, Wechsel auf Berlin (60 Tage) 95½, 4% fund. Anleihe —, Canadian Pacific-Act. 86½, Centr.-Pacific-Actien 29, Chicago

105,25	6		
112,50	5 1/2		
—	7		
		Sorten.	
85,00	—	Dukaten	—
96,00	—	Sovereigns	20,34
90,00	4	20-Francis-St.	16,23
66,75	3 1/2	Imperials per 500 Gr.	—
77,75	2 1/2	Dollar	—
		Englische Banknoten	20,385
		Französische Banknoten.	81,30
		Oesterreichische Banknoten.	188,80
		Russische Banknoten	208,70